

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN-GLEICHHEIT

FEBRUAR 2018

Demonstration nach rechten Brandanschlägen

Gewerkschaften gegen rechte Gewalt

Findet endlich die Täter! Das war die zentrale Forderung einer Kundgebung gegen rechten Terror am Samstag den 3. Februar in Berlin-Neukölln. Nachdem Brandstifter zwei Tage zuvor die Autos des Bezirkspolitikers der Linken, Ferat Kocak, in Britz und des Buchhändlers Heinz Ostermann in Rudow angezündet hatten, kamen rund 300 Menschen vor das Neuköllner Rathaus, um Solidarität mit den Angegriffenen zu zeigen. Darunter auch viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Die Brandanschläge stellten keine Einzelfälle dar: In den vergangenen Jahren verübten unbekannte Täter in Neukölln immer wieder Brandanschläge auf Büros von Politikern und Häuser anderer politisch engagierter Menschen. Die Anschläge wurden häufig Neonazis zugeordnet. Die Kriminalpolizei setzte bereits im Januar 2017 eine Ermittlungsgruppe ein. Parallel arbeitete eine Einsatzgruppe REX (Rechtsextremismus) bei der Neuköllner Polizeidirektion. Größere Fahndungserfolge blieben bisher jedoch aus. Auch jetzt seien zwei Tatverdächtige aus der rechten Szene vernommen worden. Sie seien jedoch wieder auf freiem Fuß. Ferat Kocak wandte sich auf der Demo direkt an die Brandstifter: „Du hoffst, einen Aktivisten einzuschüchtern. Aber du hast Tausende Aktivisten gegen rechts erst aufgeweckt.“ Die Gewerkschaften sind wach - und sie stehen solidarisch zu den Opfern rechter Gewalt.



Starkes Engagement der Jugend

Wettbewerb „Die Gelbe Hand 2017/18“

Zum 12. Mal hatte der Kumpelverein im letzten Herbst den Jugendwettbewerb „Die Gelbe Hand“ ausgeschrieben. Ob Berufsschülerinnen und Berufsschüler, Auszubildende oder junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – die Jugend war wieder dazu aufgerufen, sich am Wettbewerb zu beteiligen und mit kreativen Projekten und Aktionen, ein Zeichen gegen Rassismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen. Am 16. Januar dieses Jahres endete die Einsendefrist für die Projekte. Ergebnis: Rund 40 Projekte von Jugendlichen, Azubis, Schülerinnen und Schülern aus dem gesamten Bundesgebiet wurden eingereicht und weitere sechs Projekte gingen im Rahmen des Ideenwettbewerbs ein. Eine Kategorie, bei der erstmalig auch Konzepte und Ideen für Aktionen prämiert werden, die dann der Kumpelverein gemeinsam mit den Jugendlichen im Laufe des Jahres umsetzen wird. Insgesamt zeugen die rund 50 Projekte von einem starken Engagement der Jugend im Bereich Antirassismus. Für den Vorsitzenden des Kumpelvereins, Giovanni Pollice, ist das ein wichtiges Signal: „Dass gerade die Jugend sich so stark engagiert und Ideen entwickelt, wie wir als Gesellschaft in Vielfalt und Akzeptanz zusammenleben wollen, macht große Hoffnung für die Zukunft. Das wollen wir mit diesem Wettbewerb als gewerkschaftlicher Verein fördern und so einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten.“ Jetzt gilt es die besten Projekte auszuwählen und zu prämiieren. Die Jury wird es in ihrer Sitzung am 16. Februar bei all der Kreativität nicht einfach gehabt haben. In der Jury vertreten sind in diesem

Jahr Elke Hülsmann vom DGB Bildungswerk NRW, Eric Schley, Bezirksjugendsekretär DGB Jugend NRW, Jeanine Weigel, Bezirksjugendsekretärin DGB Jugend Nord, Regina Karsch, für Migration zuständige Abteilungsleiterin der IG BCE, Dagmar Kaselitz, Integrationsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Sebastian Kohlmann, zuständiger Referent für den Bereich Demokratieförderung im Bundesfamilienministerium, David Mintert, Geschäftsführer von Arbeit und Leben NRW und Dr. Klaudia Tietze, Geschäftsführerin des Kumpelvereins. Die Preisverleihung des Wettbewerbs findet am 19. März in Schwerin statt. Die Preise werden überreicht von der diesjährigen Schirmfrau des Wettbewerbs, der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, sowie vom IG BCE-Vorstandsmitglied, Petra Reinbold-Knape, die den verhinderten Schirmherrn Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, vertritt, sowie vom Vorsitzenden des Kumpelvereins, Giovanni Pollice.



Mehr Infos zum diesjährigen Wettbewerb findet ihr unter:

<https://www.gelbehand.de/setz-ein-zeichen/wettbewerb-aktuell/>

100 % Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus

Internationale Wochen gegen Rassismus vom 12. bis zum 25. März



Auch in diesem Jahr finden rund um den von der UN ausgerufenen Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März die Aktionswochen vom 12. bis zum 25. März statt. Bundesweit werden in diesen zwei Wochen Veranstaltungen, Workshops und öffentliche Aktionen gegen Rassismus, für Vielfalt und Menschenrechte durchgeführt. Die 2015 gegründete „Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus“ koordiniert und bündelt die Aktivitäten. Im Stiftungsrat ist, neben dem ehemaligen DFB-Präsidenten Theo Zwanziger, Claudia Roth, Vizepräsidentin des Bundestags, sowie Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, auch der Vorsitzende des Kumpelvereins, Giovanni Pollice, vertreten. Der DGB, die Mitgliedsgewerkschaften und der Kumpelverein gehören zu den über 70 Partnerorganisationen, die die Wochen gegen Rassismus unterstützen und selbst zahlreiche Veranstaltungen durchführen. Hintergrund der Aktionswochen ist das Massaker von Sharpeville am 21. März des Jahres 1960. Rund 7000 Menschen demonstrierten im südafrikanischen Sharpeville gegen die diskriminierenden Passgesetze des Apartheid-Regimes. Die Situation eskalierte und die Polizei schoss in

die Menge. 69 Menschen wurden getötet. Als Gedenktag an das Massaker von Sharpeville wurde sechs Jahre später der 21. März von der UN zum „Internationalen Tag zur Überwindung von rassistischer Diskriminierung“ ausgerufen. Dieses Jahr findet am 21. März u.a. im ver.di-Hauptsitz in Berlin die Veranstaltung „Nichts ist vergessen und niemand - Abendveranstaltung mit Ibrahim Arslan, Überlebender des rassistischen Anschlags in Mölln 1992“ (18:30 Uhr) statt. Die IG Metall lädt ebenfalls am 21. März im Frankfurter Main Forum zur Diskussion „Vielfalt funktioniert!“ ein. Aus der positiven Frankfurter Perspektive diskutieren das Thema Christiane Benner, die Zweite Vorsitzende der IG Metall, Oberbürgermeister Peter Feldmann, Fredi Bobic, Sportdirektor bei Eintracht Frankfurt und Jagoda Marinic, Schriftstellerin und Migrationsexpertin. Beginn ist 18 Uhr. Im Bildungszentrum der IG BCE in Haltern am See findet schon am 14. März ab 16 Uhr mit IG BCE-Vorstandsmitglied Petra Reinbold-Knape eine Veranstaltung zur Charta der Vielfalt statt. Mehr Informationen zu den Veranstaltungen im Rahmen der Aktionswochen findet ihr unter: <http://internationale-wochen-gegen-rassismus.de/>



Solidarität im Niedergang

von Peter Sawicki, Moderator und Redakteur beim DLF, u.a. mit Themenschwerpunkt Polen

Gelbe-Hand-Thema „Europa“: Gewerkschaften in Polen

In kaum einem EU-Mitgliedsland sind Gewerkschaften derart schwach wie in Polen. Eine Folge daraus: Der Fokus liegt auf den Kernaufgaben, progressive Gesellschaftspolitik gerät ins Hintertreffen.

Als vergangenen Juli Zehntausende Gegner der Justizreformen der national-konservativen PiS-Regierung die Straßen in Polens Großstädten dominierten, fiel auch der Name Piotr Duda. Schämen sollte er sich, skandierten Redner – für seine Unterstützung einer Partei, die die mühsam erkämpfte Demokratie in Polen aushöhle.

Duda, nicht verwandt mit dem gleichnamigen Staatspräsidenten, ist seit 2010 Chef beim größten Gewerkschaftsbund Solidarnosc (deutsch: Solidarität). Dessen PiS-Nähe ist in Polen kein Geheimnis. Piotr Duda ist ein enger Vertrauter von Parteichef Jaroslaw Kaczynski, weltanschaulich sehen sich die zumeist katholisch-konservativen Mitglieder im Einklang mit der Partei. Dazu gehört auch die Unterstützung der restriktiven Warschauer Asylpolitik. Bis heute weigert sich die Regierung, Kriegsflüchtlinge aus dem Nahen Osten ins Land zu lassen, allen Brüsseler Sanktionsszenarien zum Trotz. Besonders im Wahlkampf 2015 griff die PiS dabei mitunter zu Slogans, die die Grenze zum Rassismus offen überschritten – als etwa Jaroslaw Kaczynski behauptete, Flüchtlinge würden „Krankheiten und Parasiten“ ins Land tragen.

Dieser Art von Rhetorik hat sich Solidarnosc-Chef Duda zwar nicht schuldig gemacht. Dass er von einer EU-weiten Verteilung Asylsuchender nicht

viel hält, hat er dennoch mehrfach betont. Eine Haltung, die gesellschaftlich bislang konsensfähig ist. Auf weitgehend taube Ohren stieß deshalb ein Appell des zweitgrößten polnischen Gewerkschaftsbundes OPZZ, sich einer liberalen Asylpolitik zumindest einen Spalt weit zu öffnen. Differenzen haben sich zwischen Solidarnosc und OPZZ (wie auch dem drittgrößten Bund Forum ZZ) ebenso bei den Justizreformen offenbart. Die Exekutive werde künftig zu viel Einfluss auch auf die polnischen Arbeitsgerichte haben, warnt etwa OPZZ-Berater Piotr Szumlewicz. Ähnliches war von der Solidarnosc-Führung bislang nicht zu vernehmen.

Die mitunter scharfe Konkurrenz der Bündnisse untereinander legt eine Grundschwäche der polnischen Gewerkschaften bloß. Deren enormer Pluralismus (ca. 25.000 Einzelgewerkschaften gibt es in Polen) verhindert einen effektiveren Einfluss. Hinzu kommt eine geringe Mitgliedsquote: Nur gut 12 % der polnischen Beschäftigten gehören einer Gewerkschaft an. In der EU zählt das Land damit zu den Schlusslichtern. Die Grundlage dafür wurde schon ab 1989 gelegt. Mit dem Wechsel zur Marktwirtschaft hielten viele arbeitgeberfreundliche Elemente Einzug, die bis heute tief verankert sind. Dazu gehört eine Vielzahl prekärer Arbeitsverträge, deren Inhaber sich oft nicht gewerkschaftlich engagieren dürfen. Die Solidarnosc brachte diese Reformen als Teil der ersten postkommunistischen Regierungen mit auf den Weg. Trotz ihres historischen Beitrags zum politischen Wandel in Polen schwand damit das Ansehen der Solidarnosc und der Ge-



By fdecomite [CC BY 2.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>)], via Wikimedia Commons

werkschaften an sich. Hinzu kam eine zunehmende Individualisierung der Gesellschaft. 2010 konstatierte der langjährige Solidarnosc-Funktionär Jerzy Borowczak: „Es gibt keine Solidarität mehr.“ Diese Erkenntnis war also im doppelten Wortsinn zu verstehen. Die in großen Teilen arbeitnehmerfeindliche Politik von Donald Tusk und der liberal-konservativen "Bürgerplattform" hat im Folgenden zum PiS-Wahlerfolg 2015 mitbeigetragen. Die PiS-Regierung setzte danach einige sozialpolitische Versprechen um (mehr Kindergeld, höherer Mindestlohn, Herabsenkung des Renteneintrittsalters) – das allerdings, erklärt Bastian Sendhardt vom Wahrschauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung, sei eine Geste direkt an die Wählerklientel gewesen, und weniger eine Reaktion auf gewerkschaftliche Forderungen. Soll heißen: Aktuell verfügt die Solidarnosc zwar mit der PiS über einen Partner in der Regierung. Größerer Einfluss der Gewerkschaften geht damit aber nicht einher. Zu sehen war das etwa bei der Bildungsreform der Regierung, die die Rückkehr zu einem autoritären Unterrichtsstil bedeuten könnte – und die gegen den Widerstand der vergleichsweise starken Lehrgewerkschaft ZNP durchgedrückt wurde. Für die polnischen Gewerkschaften bedeutet das: Auf absehbare Zeit wird der Fokus auf den Kernaufgaben liegen. Progressive gesellschaftspolitische Akzente dürften weiterhin kürzer treten.

Politische Bildung mit Stipendiatinnen und Stipendiaten

Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung

„Ich wusste lange nicht, wie ich mich engagieren könnte, aber die Gelbe Hand ist eine tolle und wichtige Initiative – ich werde mich in der antirassistischen Arbeit einbringen“, erklärte eine junge Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung sichtlich motiviert nach einem Vortrag des Gelbe-Hand-Redakteurs Marco Jelic in Bonn. Seit letztem Jahr ist ein Workshop der Gelben Hand fester Bestandteil des einführenden Grundlagenseminars für Stipendiatinnen und Stipendiaten in der Studienförderung der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung. Rund 50 junge Studierende nahmen jeweils an den Einführungsseminaren teil, die in regelmäßigen Abständen mehrere Male im Jahr stattfinden. Im eineinhalbstündigen Workshop mit einem Referenten der Gelben Hand geht es zum einen darum, die Arbeit des gewerkschaftlichen Kumpelvereins vorzustellen. In einem zweiten Teil beschäftigt sich der Workshop inhaltlich mit der rechtsextremen Jugendgruppierung der Identitären Bewegung. Das ideologische, rechtsextreme Fundament, die Kampa-

gnen und Öffentlichkeitsstrategien in sozialen Medien sowie die Vernetzung in die neu-rechte Szene werden den Stipendiatinnen und Stipendiaten aufgezeigt, um sie in der Hinsicht zu sensibilisieren. Denn Mitglieder der Identitären Bewegung verbreiten immer wieder an Universitäten mit Störaktionen und rechten Aufklebern ihr völkisches Gedankengut. Anhand eines Fallbeispiels sollen die Studierenden der Friedrich-Ebert-Stiftung dann selbst Gegenstrategien erarbeiten. „Für uns als gewerkschaftlicher Verein gegen Rassismus ist es wichtig, junge Menschen mit politischer Bildung zu erreichen, um sie zu motivieren, sich für Demokratie und Vielfalt stark zu machen. Daher ist es eine tolle Möglichkeit mit einer großen Stiftung wie der FES zusammenzuarbeiten, die ebenso wie wir für Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit steht“, erklärt die Geschäftsführerin der Gelben Hand, Dr. Klaudia Tietze.

In Deutschland gibt es 13 Begabtenförderungswerke, die mit ihrer unterschiedlichen religiösen, parteipolitischen, politisch unabhängigen



Workshop mit StipendiatInnen der FES in Bonn

sowie wirtschaftsnahen und gewerkschaftsnahe Orientierung (Hans-Böckler-Stiftung) die gesellschaftliche Vielfalt abbilden und Engagement in und für einen lebendigen politischen Pluralismus vermitteln. Ein Prozent der Studierenden in Deutschland erhalten ein Stipendium von einer dieser Stiftungen. Die zweitälteste Stiftung ist die der sozialdemokratischen Partei nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie betreute und finanzierte im Jahr 2016 über 2100 Studierende.

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Für Solidarität, gegen rechte Spaltung

Rechte Listen bei Betriebsratswahlen

„Das neue Rot ist blau“ - damit wirbt die Arbeitnehmerplattform der AfD, AiDa, schon länger um die Stimmen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Lange Zeit gehörte Arbeitnehmer- und Sozialpolitik zur Minderheitenmeinung innerhalb der AfD, denn die Partei vertritt immer noch im Kern neoliberale Standpunkte. Doch die Zeiten scheinen sich zu wandeln. Die Neue Rechte hat ein Potential innerhalb der Arbeitnehmerschaft erkannt und drängt in die Betriebe. Ihr nächstes Ziel: Die Betriebsratswahlen im März.

Vom 1. März bis 31. Mai finden in diesem Jahr bundesweit Betriebsratswahlen statt. 180 000 Betriebsräte werden neu gewählt. Zu befürchten ist eine Mobilisierung neu-rechter, AfD-naher Gruppierungen durch rechte Listen in den Betrieben. Laut dem Vorsitzenden des DGB, Reiner Hoffmann, handle es sich um ein Randphänomen, man beobachte die Entwicklung aber genau. „Dass einige Ideologen mit törichten Parolen die Betriebsratswahlen für sich instrumentalisieren, ist nicht weiter überraschend“, erklärte Hoffmann in einem Interview Ende letzten Jahres gegenüber dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“. Die Betriebsräte der DGB-Gewerkschaften seien dem gewachsen. „Die anderen haben nichts im Rücken. Ihre Initiativen werden wie Seifenblasen zerplatzen - wegen Unfähigkeit“, und verwies darauf, dass rechte Akteure lediglich auf Spaltung aus seien: „Die rechten Dünnbretthorner am Rande wissen nicht, was eine richtige Gewerkschaft ist und wollen auch keine Interes-

senvertretung der Beschäftigten, sondern Betriebschaften spalten.“

Einer dieser Akteure am rechten Rand ist Oliver Hilburger, Betriebsrat bei Daimler in Untertürkheim. Er gründete die „alternative“ rechte Gewerkschaft „Zentrum Automobile“ und holte damit bei den letzten Betriebsratswahlen 10 Prozent. Hilburger war lange Jahre Mitglied der rechtsextremen Rockband „Noie Werte“. Und er ist mittlerweile bestens vernetzt in die neu-rechte Szene um den thüringischen AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke und den Chef des rechten Magazins „Compact“, Jürgen Elsässer. Hilburger war Ende November in Leipzig einer der Hauptredner auf dem Compact-Kongress. Ziel der Neuen Rechten, so scheint es, ist es, den Arm in die Betriebe zu bekommen. Ihr Vorbild ist die rechtsextreme Partei „Front National“ in Frankreich, die mit ihrer Losung „national und sozial“ Erfolge im traditionellen Arbeitermilieu feiert. Jürgen Elsässer sagte auf seinem Kongress: „Wir eröffnen eine neue Front zur nationalen und sozialen Befreiung des Volkes. Alle Räder stehen still, wenn mein blauer Arm es will.“ Blau ist die Farbe der AfD. Unterstützt wird das Zentrum Automobile auch von der selbsternannten Bürgerinitiative „Ein Prozent“, einem rechten Kampagnennetzwerk, das es sich zum Ziel gemacht hat, die Entstehung von „patriotischen“ Listen und Betriebsräten zu unterstützen. Die DGB-Gewerkschaften könnten laut dem Vorsitzenden Reiner Hoffmann dennoch selbstbewusst sein. Derzeit seien 75 bis 80 Prozent der gewählten Betriebsräte

in einer DGB-Gewerkschaft organisiert. Die Beschäftigten wüssten genau, was die Betriebsräte leisteten. „Sie sorgen für vernünftige Arbeitszeiten, Schichtpläne und die Einhaltung von Tarifverträgen“, so Hoffmann. Bei

Arbeitnehmern in Unternehmen mit Tarifverträgen und Betriebsrat sei die Zustimmung zur AfD deutlich geringer als anderswo. Auch Giovanni Pollice, Vorsitzender der Gelben Hand, appelliert, diesen Tendenzen als Gewerkschafterin und Gewerkschafter selbstbewusst entgegenzutreten: „Wir brauchen eine starke, gewerkschaftliche, demokratische Interessenvertretung im Betrieb. Den rechten Spaltern, Hetzern und Rassisten setzen wir unsere Kompetenz und unsere Werte entgegen. Wir stehen für Demokratie, Solidarität und Vielfalt. Jede und jeder ist jetzt aufgerufen, für diese Werte aktiv einzutreten“

Mehr über Hintergründe, neu-rechte Strukturen und rechtspopulistische Strategien findet ihr im Buch „Von Biedermännern und Brandstiftern“, das der Kumpelverein mitherausgegeben hat: <http://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/von-biedermaennern-und-brandstiftern/>



Reiner Hoffmann,
DGB-Vorsitzender
(Foto: Christoph Michaelis)

Sozial- und Betriebslotsen für Geflüchtete

EVG unterstützt aktiv das Bahn-Projekt „Integration Schiene“

Im Jahr 2016 hatten sich 19 engagierte Partner aus der Eisenbahnbranche, verschiedene Unternehmen wie u.a. die Deutsche Bahn, aber auch die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG, zum Projekt „Integration Schiene“ zusammengeschlossen. Das Ziel ist es, gemeinsam dazu beizutragen, dass die Menschen, die nach Deutschland kommen, gut in den Arbeitsmarkt und ihr soziales Umfeld integriert werden. Die Möglichkeiten der Eisenbahnbranche sind breit gefächert und reichen von konkreten Ausbildungs- oder Arbeitsplatzangeboten bis hin zu gemeinsamen Kultur- und Sportaktivitäten. Bei der Stiftung Bahn-Sozialwerk (BSW) wurde eigens eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die die Projektpartner bei der Integration von Geflüchteten begleitet und unterstützt. Die EVG war eine der treibenden Kräfte bei der Konstituierung des Projekts „Integration Schiene“. „Wir wollen damit zum einen unserer gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht werden, zum anderen sehen wir in dem Projekt die Möglichkeit, dem Fachkräftemangel durch Integration von Flüchtlingen entgegenzuwirken“, erklärt Cigdem Kaya, die für Projektkoordination zuständige Gewerkschaftssekretärin der EVG. Damit die berufliche Integration mit der sozialen Integration Hand in Hand geht, wurden 2017 ehrenamtlich Engagierte zu Soziallotsen ausgebildet. Denn Ge-

flüchtete sind oftmals mit den Strukturen und Möglichkeiten in Deutschland überfordert und benötigen Unterstützung beim Ankommen im Alltag. Genau hier kommen die BSW-Soziallotsen ins Spiel. Sie helfen Geflüchteten bei der Orientierung in der neuen Gesellschaft. Und sie sind somit ein maßgeblicher Erfolgsfaktor bei der Integration Geflüchteter in das deutsche (Arbeits-)leben.

Das Soziallotsen-Projekt startete 2017 in Hamburg. Zunächst wurde den angehenden BSW-Soziallotsen anhand von Beispielen aus dem Arbeitsalltag vermittelt, auf welche konkreten Probleme Geflüchtete stoßen und in welcher Art und Weise sie unterstützt werden können. Vom „gemeinsamen Kochen“ und „Sightseeing in Hamburg“ über „Die Bedeutung der Worte erklären“ bis zur „Unterstützung bei Behördengängen“ evaluierten alle Teilnehmer im Anschluss individuelle Unterstützungsangebote. Aber auch das Thema interkulturelle Sensibilisierung stand bei der Ausbildung zum Soziallotsen im Zentrum. Denn interkulturelle Sensibilität – auf allen Seiten – hilft, Konflikten vorzubeugen und eine Grundlage zur Handlungsfähigkeit zu schaffen. Im nächsten Schritt haben die BSW-Soziallotsen in Hamburg dann Geflüchtete, die bei der Bahn das Qualifizierungsprogramm von „Chance plus“ durchlaufen, an einem gemeinsamen Nachmittag im



SoziallotsInnen und TeilnehmerInnen der Chance plus-Klasse beim Kennenlernetag in Hamburg

Sitz der Hamburger EVG kennengelernt. Ein reger Austausch entstand und der Sitzungsraum der EVG verlor schnell seinen formellen Charakter. „Unser Kennenlernetag war ein voller Erfolg, es gab viele gemeinsame Themen und Interessen, über die wir uns unterhalten konnten“, so Melanie Pallien, Gewerkschaftssekretärin bei der EVG Nord in Hamburg und angehende BSW-Soziallotsin. In einem weiteren Schritt ist nun die Ausbildung von Betriebslotsen für 2018 geplant. Diese sollen Geflüchtete direkt am Arbeitsplatz unterstützen und begleiten. „Als Ansprechpartner im Alltag wie im Betrieb bieten die Sozial- und Betriebslotsen Orientierung und Hilfestellung – ihnen kommt dabei eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe zu“, unterstreicht Cigdem Kaya von der EVG. Wer Interesse hat, als Sozial- oder Betriebslosene Geflüchtete im Bahnbereich zu unterstützen, findet weitere Informationen und AnsprechpartnerInnen zum Projekt „Integration Schiene“ unter: www.integration-schiene.de

Flüchtlinge schützen, Rassismus entgegentreten. Zweite Auflage.

Broschüre des Monats



In den letzten drei Jahren ist im Themenbereich „Flucht und Asyl“, aber auch bei den Entwicklungen rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteure in Deutschland viel passiert. Um den neuesten Entwicklungen gerecht zu werden, erscheint nun eine zweite, überarbeitete und aktualisierte Fassung unserer Publikation „Flüchtlinge schützen, Rassismus entgegentreten. Handreichung für Aktive in der Arbeitswelt.“ Diese Handreichung zeigt Handlungsmöglichkeiten zur Beseitigung von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit gegenüber Flüchtlingen in der Arbeitswelt auf. Darüber hinaus liefert die Publikation einen Überblick über aktuelle Strömungen, Strategien und Behauptungen der Akteure am rechten Rand.

Die Handreichung gibt es zum Download auf unserer Homepage unter: https://www.gelbehand.de/fileadmin/user_upload/download/publikationen/20171218_Handreichung_Endfassung_Web.pdf

„Farbe bekennen und dagegenhalten“

Sternmarsch gegen Rechts in Cottbus – DGB federführend beteiligt



Wie mittlerweile jedes Jahr vereinten sich am 15. Februar verschiedene Cottbuser Initiativen unter dem Label „Cottbus bekennt Farbe“ zu einem Sternmarsch gegen Rechts. Über 3000 Menschen nahmen teil und setzten ein Zeichen für friedliches, solidarisches Miteinander.

Die federführende Koordinierung der Aktivitäten übernahm Lothar Judith vom DGB Südbrandenburg Lausitz. Anlass des Sternmarsches ist das historische Gedenken an die Bombardierung von Cottbus im Zweiten Weltkrieg: „Die mörderische Ideologie des Nationalsozialismus, Größenwahn, Rassismus und Antisemitismus haben unermessliches Leid über die Menschen gebracht.“, heißt es im Aufruf des Bündnisses. In diesem Jahr spielt aber auch die aktuelle Situation in Cottbus eine Rolle. Seit Beginn des Jahres hat sich die Stimmung in der Stadt verschärft. An Silvester drangen unbekannte Täter in eine Flüchtlingsunterkunft ein und verletzten Bewohner. Mitte Januar verletzte ein syrischer Geflüchteter einen Gleichaltrigen mit einem Messer. Seitdem patrouilliert die Polizei in der Innenstadt. Anfang Februar demonstrierten rund 3000 Flüchtlingsgegner in der Stadt, organisiert vom rechts verorteten Bürgerbündnis „Zukunft Heimat“. Es geht mittlerweile auch um die Deutungshoheit in der lebenswerten, Lausitzer Stadt. Umso mehr sei es wichtig, mit dem Sternmarsch ein Zeichen zu setzen gegen die rechte Stimmungsmache: „Wir müssen Farbe bekennen und dagegenhalten. Wir sind ein breites gesellschaftliches Bündnis. Das zeigt, die Mehrheit in Cottbus steht für Demokratie und Toleranz. Der DGB und die Gewerkschaften sind dabei an vorderster Front vertreten!“

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Ricarda Scholz (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic

Fotos:

ver.di, wikimedia,

FES, DGB, BSW

Produktion:

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

www.setzkasten.de

Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211-4 30 11 93

info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de

www.facebook.de/gelbehand

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

- 1. Markus Abdalla**, IG BCE, JAV-Vorsitzender Covestro, BJA- und Vorstandsmitglied Bezirk, Köln-Bonn, Köln
- 2. Susmit Banerjee**, IG BCE, Vertrauensmann Fa. Shell Hamburg, Hamburg
- 3. Andre Borowski**, SPD Geschäftsführer Wilhelmshaven, Leer
- 4. Melanie Böttcher**, IG BCE, Gewerkschaftssekretärin Bezirk Alfeld, Ilsenburg
- 5. Stefan Cors**, ver.di, Bildungsreferent beim DGB Bildungswerk BUND, Wetter
- 6. Susanne Czudzewitz**, IG BCE, Freiberufliche Referentin, Wahlstedt
- 7. Raphaela Doll**, IG BCE, JAV BASF SE Ludwigshafen, Frankenthal
- 8. Henrik Draber**, IG BCE, JAV Currenta GmbH & Co. OHG, Krefeld
- 9. Sabine Engelhardt-Cavelius**, ver.di, Gewerkschaftssekretärin Bezirk Region Saar Trier, Überherrn
- 10. Maximilian Ermlich**, IG BCE, JAV Evonik Marl, Recklinghausen
- 11. Melanie Gintrowski**, Diekholzen
- 12. Elvira Großer**, IG BAU, Gifhorn
- 13. Vanessa Helgers**, IG BCE, Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) der Firma Huntsman Krefeld und Vorsitzende der IG BCE -Jugend Bezirk Moers, Tönisvorst
- 14. Pelle Henskens**, IG BCE, JAV Currenta GmbH & Co. OHG, Krefeld
- 15. Katja Klose**, ver.di, Gewerkschaftssekretärin der ver.di Jugend, Berlin
- 16. Nikole Kowolik**, IG BCE, JAV Covestro Leverkusen, Vorsitzende BJA Bezirk Leverkusen, Leverkusen
- 17. Johannes Mielke**, IG BCE, JAV Vorsitzender DOW Olefinverbund Schkopau, BJA Mitglied Bezirk Halle-Magdeburg, Halle (Saale)
- 18. Carlos Nunes**, IG BCE, Betriebsrat, VK, VKL, Wentorf
- 19. Miriam Rohde**, IG BCE, JAV, BJA, Kamen
- 20. Joachim Rösler**, Vorsitzender Hannover United, Springe
- 21. Hermann Rühaak**, Vorsitzender Sozialverband VdK Ortsverband Brookmerland, Uppgant-Schott
- 22. Johann Saathoff**, MdB, Krummhörn
- 23. Cem Simsir**, IG BCE, JAV Evonik Marl, Marl
- 24. Lisa Stahl**, IG BCE, JAV BASF SE Ludwigshafen, Dannstadt
- 25. Joachim Strobel**, ver.di, stellvertretender Bezirksvorsitzender, Bezirk Region Süd-Ost-Niedersachsen, Braunschweig
- 26. Nina Strojek**, IG BCE, JAV Evonik Marl, Herten
- 27. Stephanie Winter**, VmF, Bezirksstellenleiterin Braunschweig/Wolfsburg, Bockenem
- 28. Julia Wittneben**, IG BCE, JAV, Heddesheim
- 29. Mikail Zopi**, IG BCE, ehem. Gewerkschaftssekretär, Gelsenkirchen

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank

Giovanni Pollice, Vorsitzender